



**Kreistagsfraktion Alb - Donau
Der Vorsitzende**

Haushaltsrede 2014

16.12.2014

Der Haushaltsplanentwurf 2014 des Alb-Donau-Kreises weicht in einigen entscheidenden Punkten von den Haushalten der Vorjahre ab.

Es ist der Haushalt der deutlich macht,

dass die Ausschüttung der OEW zumindest reduziert bleiben wird

und dass die Unterfinanzierung der Krankenhäuser andauern wird.

Die OEW, der unsere Landkreis angehört, hat sich seit ihrer Gründung über mehr als 100 Jahre aus kleinen Einheiten zusammengefügt, weil der steigende Energiebedarf unserer Gesellschaft größere Einheiten notwendig machte. Jetzt wird der Weg zurück in kleine Netzgesellschaften gesucht.

Für die EnBW, an der wir über die OEW beteiligt sind, bringt die Abschaltung von Grundlast-Stromkraftwerken wegen des Vorrangs der erneuerbaren Energien Verluste. Diese betreffen jetzt ganz direkt durch wegfallende Einnahmen im Kreishaushalt und über höhere Kreisumlagen unsere Bürger. Darüber hinaus haben diese noch die EEG Umlage zu tragen, die von den garantierten Einspeisungspreisen für erneuerbare Energien kommt. Die von uns allen gewollte Energiewende hat ihren Preis, den jeder Einzelne von uns mitbezahlen muss. Es zeigt sich auch, dass diese einschneidenden Veränderungen ein langen Atem und auch die Akzeptanz für Veränderungen der Landschaft mit Windrädern, Stromtrassen und Biogasanlagen brauchen. Nur wenn alle diese Veränderungen mittragen, kann die Wende gelingen.

Unser Kreishaushalt zeigt das deutlich. Die OEW konnte statt früher konstant 12,5 Millionen Euro nur noch 5,25 Millionen Euro, also mehr als 7 Millionen weniger ausschütten.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir sind für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energie. Es muss aber eine wirtschaftliche Lösung für moderne Grundlastkraftwerke gefunden werden.

Ein weiteres großes Thema unseres Kreishaushalts ist die Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser.

Die Bundespolitik ist der Meinung, dass in Deutschland zu viele Krankenhausbetten existieren. Das seit einigen Jahren eingeführt Finanzierungssystem bewirkt, dass vor allem kleinere Häuser nicht mehr kostendeckend finanziert werden können. Das führt in vielen Teilen des Landes zu einer Konzentration der Krankenhausstandorte.

Der Alb-Donau-Kreis hat vor vielen Jahren den Weg eingeschlagen, die Krankenhäuser im Kreis zur wohnortnahen Versorgung der Menschen zu Gesundheitszentren auszubauen. Auch die privatwirtschaftliche Organisation ist in unserem Kreis lange vor anderen Kreisen eingeführt worden. Trotz exzellenter Führung der Häuser und Ausnutzung aller Reserven sind wir im Betrieb der Kreiskrankenhäuser in den roten Zahlen. Der fortschrittliche Weg den der Landkreis mit seinen Häusern seit Jahren geht, verhindert nicht, dass Defizite im laufenden Betrieb entstehen. Das zeigt unseres Erachtens, dass die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Wir fordern die politischen Kräfte in Bund und Land auf, endlich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser zu verbessern.

Wir unterstützen auch die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren wie in Munderkingen. Sie stärken die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und tragen gleichzeitig der Entlastung der Ärzte Rechnung.

Die von der kassenärztlichen Vereinigung angestoßene Reform für den ärztlichen Notfall-Dienst führt im Alb-Donau-Kreis zu großflächigen Bereichen. Für die Entlastung der Landärzte von Bereitschaftsdiensten haben wir Verständnis. Auch sie haben einen Anspruch auf eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Allerdings sind die Wege zwischen den Patienten und der Notfallpraxis Ulm am Bundeswehrkrankenhaus sehr lang. 37 km von Westerheim, 26 km von Asselfingen und 25 km von Illerrieden sind im günstigsten Fall in 30 Minuten zu bewältigen. Die Notfallambulanzen an den Krankenhäusern in Blaubeuren und Langenau liegen oft in kürzerer Entfernung und können die Problematik zum Teil abfedern. Wenn entsprechende Erfahrungen mit der Notfallpraxis in Ulm vorliegen, sollte von der

Kassenärztlichen Vereinigung über Außenstellen – Satellitenpraxen- der Notfallpraxis Ulm nachgedacht werden.

Unsere Fraktion hat beantragt, die Rettungsdienst-Situation im Alb-Donau-Kreis zu überprüfen. Nachdem der Landesrettungsdienstplan im ersten Halbjahr 2014 neu gefasst wird soll darauf aufbauend der regionale Rettungsdienstplan Ulm/Alb-Donau aktualisiert werden. Wir bitten, den zuständigen Ausschuss des Kreistags in diese Aktualisierung einzubinden.

In anderen Landkreises sind geriatrische Rehabilitationen geschlossen worden oder vor der Schließung. Und das obwohl diese Einrichtungen segensreiche Arbeit leisten und voll ausgelastet sind. Wie bei den Krankenhäusern sind die politischen Rahmenbedingungen so festgelegt worden, dass diese Häuser nicht mehr kostendeckend geführt werden können. Unsere Fraktion steht zu der geriatrischen Rehabilitation in Ehingen. Aus humanitären Gründen darf diese Einrichtung nicht in Frage gestellt werden. Deshalb tragen wir den Defizitenausgleich durch den Kreis mit.

Auch hier fordern wir die Politik in Land und Bund auf, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ein weiterer sozialer Schwerpunkt ist die Versorgung der Pflegebedürftigen. Der Landkreis hat eine gute dezentrale Angebotsstruktur erreicht und in Gebieten, in denen die freien Träger keine Angebote geschaffen haben, eigene Einrichtungen realisiert. Der demographische Wandel schreitet voran. Wir wollen, dass wir im Landkreis nicht hinter die jetzt geschaffene gute Angebotsstruktur zurück fallen. Die wohnortnahe Betreuung der Pflegebedürftigen muss auch künftig gewährleistet sein. Der Landkreis sollte daher seinen Pflegeplatzbedarf auf das Jahr 2020 hochrechnen und ggf. Empfehlungen erarbeiten.

Zu dem weiten Feld der sozialen Aufgaben gehört auch die Beratung von Menschen, die mit ihren Finanzen nicht mehr zu recht kommen, weil sie sich überschuldet haben. Wir denken, dass eine neutrale Schuldnerberatung eine wichtige Präventivmaßnahme ist, um im Vorfeld Sozialfälle zu vermeiden. Die jetzt bestehenden Angebote sollten stärker in die Fläche des Landkreises getragen werden.

Die Kreisverwaltung hat vorgeschlagen, den Ausbau der Geschwindigkeitskontrollen auf Straßen mit den Gemeinden auszubauen. Wir unterstützen diesen Vorschlag, wenn die Anträge von den Gemeinden kommen. Wir sehen Geschwindigkeitskontrollen nicht als Abzocke der Autofahrer sondern als Schutzmaßnahmen für alle Verkehrsteilnehmer und für die Anlieger an stark befahrenen Straßen.

Die neue KFZ - Zulassungsstelle des Kreises und der Stadt Ulm im Landratsamt hat Verbesserungen gebracht.

Das Bessere ist des guten Feind. Wir wollen daher überprüft haben, ob die KFZ -Zulassung durch den Versand der Zulassungskennzeichen noch kundenfreundlicher ausgestaltet werden kann.

Dass im landkreiseigenen Straßenbau nur noch in dem Umfang investiert werden sollte, wie Zuschüsse zu erlangen sind, haben wir schon mehrfach betont. Der Ausbau der Landkreisstraßen ist weit voran geschritten. Weitere Ausbauten sollten nur in den Rahmen erfolgen, wie sie von den örtlichen Gremien mitgetragen werden.

Dass der Landkreis Garagenplätze in der Ehinger Altstadt erwirbt, um den Mitarbeitern den Einsatz ihrer privaten Fahrzeuge zu ermöglichen, findet ebenfalls unsere Zustimmung. Wichtig ist aber auch, dass die Stellplatzsituation um das Krankenhaus Blaubeuren verbessert wird.

Die Wirtschaftsstruktur in einem Flächenkreis ist heute, neben guten Straßen, auch von der Versorgung mit schnellem Internet abhängig. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die diesen Ausbau schnell voran bringen.

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung im Alb-Donau-Kreis fordern wir seit langem, den Tourismus im Kreis weiter zu forcieren. Die Landkreisverwaltung ist auch in diesem Aufgabengebiet neu strukturiert und personell verstärkt worden. Wir fordern, dieser Aufgabe noch mehr Gewicht zu verleihen. Die vielfältigen Möglichkeiten die die Ökologie, Topographie und Kultur unseres Kreises bietet, muss noch stärker vermarktet werden. Die Landkreisverwaltung sollte sich bei den Tourismusmaßnahmen nicht nur als Koordinator der lokalen Angebote verstehen, sondern mit eigenen Vorschlägen an die Gemeinden herantreten. Dass die Entwicklung der Wanderwegekonzeption jetzt zuerst die Arbeitskraft bindet, verstehen wir. Ab 2015 sollten weitere Aufgabenschwerpunkte dazu kommen. Das Alleinstellungsmerkmal Eiszeitkunst muss verstärkt für den Landkreis genutzt werden. Wir sind bereit, die lokalen Akteure dabei zu unterstützen.

Die beruflichen Schulen des Landkreises sind baulich auf einem guten Stand und das Angebot ist sehr differenziert. Die Erhaltung dieses Angebots erfordert jetzt laufende bauliche Sanierungen und auch Verbesserungen. Die Baumaßnahmen, in diesem Haushalt, die Erweiterung der Sporthalle an der Valckenburg-Schule, werden von uns mitgetragen.

Der Kreishaushaltsplan 2014 ist nach den Regeln für das neue Rechnungswesen der Kommunen aufgestellt. Auch wenn das Zahlenwerk neu gegliedert ist und für Kameralisten nicht gewohnt, sind die neuen Produktbeschreibungen sehr hilfreich. Der Ausweis der Ressourcenverbrauchs und dessen Finanzierung wird auf längere Sicht zu Rücklagen führen. Wir werden darauf achten, dass dadurch nicht die Kreisumlage steigt.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage um 0,5 Punkte auf 27,5 Punkte wird von unserer Fraktion mit getragen. Sie ist notwendig, weil sich die Einnahmehasis des Kreises verschmälert. Sie nimmt in der Höhe auch Rücksicht auf die Gemeinden.

Die Freie Wähler Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2014 zu.

Allen Mitarbeitern, die an dem umfangreichen Werk mit gearbeitet haben, insbesondere aber unserem Kreiskämmerer Herrn Keck und dem Geschäftsführer unseres größten Tochterunternehmens, Herrn Neumeister, danken wir für die gute Arbeit an dem großen Zahlenwerk und die stetige Bereitschaft zur Information. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Tochtergesellschaften für ihre gute Arbeit im zu Ende gehenden Jahr. Sie haben ihre Aufgaben mit großem Einsatz gemeistert. Ihnen allen wünschen wir frohe Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr.

gez.

Wolfgang Mangold